

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network  
**[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)**

**newsletter 28 / 14. 07. 2002**

KURZINFOS

**Pillensucht: Rund 800.000 Abhängige in Deutschland**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=7&d=5&id=82058>

**Verseuchtes Futter: Hormonbelastetes Schweinefleisch im Umlauf**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=7&d=5&id=82110>

13. 07 2002: **Hormonskandal weitet sich aus: Acht EU-Länder betroffen**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=7&d=13&id=82527>

taz 3.7.2002 **Gift-Industrie ohne Haftung.** Die US-Regierung streicht Dutzende von Projekten zur Sanierung von Altlasten. "Superfund" wird nicht aufgestockt. Statt der Industrie zahlt nun der Steuerzahler <http://www.taz.de/pt/2002/07/03/a0075.nf/textdruck>

**Schmerz: Patienten geraten im deutschen Gesundheitssystem unter die Räder**

<http://www.netdokter.de/feature/schmerz.htm>

27. 06. 2002: **Handys: Elektrofelder beeinflussen Hirnströme**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=6&d=27&id=81607>

**Arzneimittel aus dem Wasserhahn, Mensch, Tier und Pflanze nähmen über das Trinkwasser einen ganzen Cocktail der unterschiedlichsten Wirkstoffe von Medikamenten auf.**

28.6.2002: **Reiserecht: Kein Rücktritt für chronisch Kranke,** Chronisch Kranke können nicht auf den Schutz einer üblichen Reiserücktrittsversicherung bauen. Laut Gerichtsbeschluss wäre das Risiko des Versicherers in Anbetracht der geringen Gebühr für einen solchen Schutz zu hoch. <http://www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,druck-202436,00.html?r3f=dertag>

**Luftverschmutzung: Ozon hemmt Spermien** (29.04.2002)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,194117,00.html>

Das aktuelle und nachweislich durch den Seehundstaupevirus PDV (Phocine Distemper Virus) ausgelöste **Seehundsterben** in Dänemark und Schweden ist nach Meinung des WWF mit großer Wahrscheinlichkeit auf die hohe Belastung der Tiere **mit Schadstoffen zurückzuführen.** Jenni Glaser, Pressestelle WWF Deutschland, [glaser@wwf.de](mailto:glaser@wwf.de) , <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=355131>

28. 06. 2002: **Strahlung von Mobilfunkantennen, Vollzugs- und Messempfehlung veröffentlicht**

Das BUWAL (**Schweiz**) hat heute die Umsetzungsrichtlinien betreffend Strahlung von Mobilfunkantennen veröffentlicht. Diese zeigen detailliert auf, wie die Strahlung vor dem Antennenbau zu prognostizieren sowie zu beurteilen ist und wie sie nach dem Bau gemessen werden soll. Die Empfehlungen wenden sich an die Kantone als Vollzugsbehörden der NIS-Verordnung; sie tragen zur Vereinheitlichung des Vollzugs bei. Die bisherige Praxis der Beurteilung und Bewilligung bleibt im Wesentlichen erhalten.

<http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/medien/presse/artikel/20020628/00613/index.html>

21. Juni 2002, **Sogar kanzerogenes Stilbestrol in sogenannten Krautermitteln,**

Wiederholt haben wir ueber bedenkliche Beimischungen in Kraeuterprodukten berichtet, zuletzt vor drei Monaten .... Jetzt warnen die kanadischen Behoerden vor sieben so genannten Kraeuterprodukten, die als traditionelle chinesische Medikamente von der Firma .... vertrieben werden und bedenkliche Stoffe enthalten. .... Redaktion arzney-telegramm, A.T.I. Arzneimittelinformation Berlin GmbH,  
<http://www.arzney-telegramm.de>, E-Mail: [ati@berlin.snafu.de](mailto:ati@berlin.snafu.de)

Zum ersten Mal konnten Forscher den **verhängnisvollen Effekt von hormonähnlichen Chemikalien auf Samenzellen** direkt nachweisen: Die Spermien reifen vorzeitig und verlieren ihre Fruchtbarkeit.

Substanzen in Nahrung und Umwelt, die dem weiblichen Sexualhormon Östrogen ähneln, können die Fruchtbarkeit von Samenzellen erheblich beeinträchtigen. Schon länger hegen Wissenschaftler den Verdacht, dass sich solche Chemikalien auf die Spermien auswirken.

Nun hat ein britisches Team erstmals einen direkten Hinweis darauf gefunden. ....

SPIEGEL ONLINE - 03. Juli 2002,

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,203647,00.html>

Der Kapitän verließ das Schiff in Seenot

### **Verzweifelte Suche nach den politisch Verantwortlichen im Umweltskandal von Neuendettelsau**

NEUENDETTELSAU – Während auf den verseuchten Feldern am Stadtrand von Neuendettelsau in diesen Tagen die Entgiftungs- und Sanierungsarbeiten beginnen, stellen viele erboste Bürger des Städtchens immer lauter die Frage nach der behördlichen und politischen Verantwortung für die Affäre. Die zuständigen Überwachungs-Beamten im Landratsamt Ansbach, so zeichnet sich schon jetzt ab, sind wahrscheinlich weder dienstrechtlich noch allgemein juristisch zu belangen. ..() .. [http://www.nn-online.de/artikel\\_druck.asp?art=22217&mank=NN&catch=Region&man=NuernbergerNachrichten](http://www.nn-online.de/artikel_druck.asp?art=22217&mank=NN&catch=Region&man=NuernbergerNachrichten)

=====

KINDER

### **Hohe PCB-Belastung: "15.000 Schulen müssten saniert werden"**

Mittwoch, 10. Juli 2002

Hohe PCB-Belastung: "15.000 Schulen müssten saniert werden"

Köln (dpa) - Tausende von Schulen und Kindergärten in Deutschland sind nach Experten-Angaben noch immer mit Giften wie PCB, Asbest und Formaldehyd verseucht. "Es gibt im Grunde kein Gift, das in Schulen und Kindergärten nicht zu finden wäre, da es sich meistens um Bestandteile von Baumaterialien handelt." Das sagte der Sprecher der Initiative Schulen ohne Gift NRW, Erhard T. Schoofs, am Dienstag in einem dpa-Gespräch in Köln. Besonders problematisch sei PCB (Polychlorbiphenyl), dessen Einsatz im Gegensatz zu Asbest und Formaldehyd noch nicht per Gesetz verboten sei. "Die Gefährlichkeit von PCB ist wissenschaftlich eindeutig nachgewiesen." Nach Worten von Schoofs kann das regelmäßige Einatmen von PCB-Dämpfen mehreren Studien zufolge vor allem bei kleineren Kindern zur Schwächung des Immunsystems und zur Verlangsamung der allgemeinen körperlichen und geistigen Entwicklung führen. "Nach Schätzungen gibt es in Deutschland mindestens 15.000 Schulen, die wegen hoher PCB- Belastung saniert werden müssten." Exakte Erhebungen gebe es nicht. PCB könne sich etwa in Lacken, Dichtstoffen und Kabelummantelungen befinden und setze sich auf alle anderen Materialien ab. "Bei einer korrekten Sanierung bleibt außer dem Grundgerüst nichts stehen, es müssten auch alle Möbel entfernt werden." "Was bisher in Sachen PCB unternommen wurde, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein", kritisierte Schoofs. Weniger als die Hälfte der Kommunen hätten bislang untersucht, ob es gesundheitsschädliche PCB-Belastungen in öffentlichen Gebäuden gebe. PCB könne mit Hilfe eines kleinen Gerätes nach 12 Stunden nachgewiesen werden. In Deutschland gebe es in einigen Bundesländern Richtlinien für PCB, die eine Sanierung ab einem bestimmten Wert empfehlen. "Diese Richtwerte sind aber bis zu 40 Mal höher als sie von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen werden." Andere Bundesländer verfügen über gar keine Richtlinien, sagte Schoofs. (ee)

<http://www.netdokter.de>

-----

### **Erstklässler: Auffälliges Verhalten, gestörte Sprache**

Darmstadt (dpa) - Jedes zehnte Kind in Darmstadt zeigt bei der Einschulung Verhaltensauffälligkeiten, Sprachstörungen oder Probleme mit Feinmotorik und Koordination. Dies ergab eine Auswertung der städtischen Einschulungsuntersuchungen aus den Jahren 1996 bis 2001. Zum ersten Mal seien dabei Daten über den Gesundheitszustand von schulpflichtigen Kindern der Öffentlichkeit vorgestellt worden, teilte das Statistikamt der Stadt am Donnerstag mit. In den fünf Jahren hat das Darmstädter Gesundheitsamt knapp 8000 Kinder untersucht. Am häufigsten fiel den Ärzten dabei Übergewicht auf. Hiervon seien mehr Mädchen als Jungen betroffen gewesen. Als Ursachen für Übergewicht und Verhaltensauffälligkeiten werden vor allem fehlende Bewegung und Mangelernährung genannt. Die notwendigen Schutzimpfungen haben 70 bis 80 Prozent der Schüler erhalten. 76 Prozent der Kinder hätten Impfschutz gegen Masern gehabt. Dieser Anteil reiche nicht aus, um eine Masernepidemie wie in Italien auszuschließen, hieß es in der Mitteilung. (ee)  
<http://www.netdokter.de>

----

### **In deutschem Trinkwasser ist viel zu viel Blei**

In vielen Wohnungen in Deutschland ist immer noch zu viel Blei im Trinkwasser. Das haben Wissenschaftler der Uni Göttingen in einer gestern veröffentlichten Studie ermittelt. Göttingen/Berlin (dpa) - Forscher der Universität Göttingen haben vor Blei im Trinkwasser gewarnt. Alte Bleirohre belasten das Wasser um das bis zu 18-fache des zulässigen Richtwertes, wie eine Untersuchung mit 3600 Wohnungen in Göttingen und Berlin ergab. Die Forscher empfahlen den betroffenen Familien, die alten Bleirohre auszutauschen. Auch Kupferrohre, die mit Blei gelötet seien, könnten dieses freisetzen. Mitarbeiter Björn Zietz von der Abteilung Allgemeine Hygiene und Umweltmedizin an der Universität vermutet ähnliche Werte auch für andere Städte, betonte aber: "Solange wir es nicht untersucht haben, wissen wir es nicht." Besonders empfindlich reagieren Kinder auf die Bleiaufnahme, wie Zietz und Prof. Hartmut Dunkelberg vom Göttinger Hygieneinstitut am Donnerstag berichteten. So könnten Defizite bei der Sprachbeherrschung, Aussprache und Aufnahmebereitschaft auftreten. Vielen Eltern sei das gesundheitliche Risiko nicht bewusst. Häufig hätten sie auch keine Kenntnisse über die technische Ausstattung ihrer Wohnungen und das Material ihrer Wasserleitungen, so dass die Notwendigkeit des Austausches nicht erkannt werden könne. Besonders betroffen seien ältere Eigenheime. Bei Mehrfamilienhäusern in Innenstadtbereichen empfahlen die Wissenschaftler, als Sofortmaßnahme das Wasser so lange ablaufen zu lassen, bis eine durchgehend beständige Temperatur anzeige, dass es aus den Bleileitungen abgeflossen sei. Kleinkindern solle Flaschenwasser gegeben werden. Für die Studie wurde rund 10 000 Familien mit Kindern in Berlin angeboten, das Trinkwasser auf Bleispuren hin zu untersuchen. 2100 hatten sich gemeldet. In Göttingen wurden 1500 Wohnungen untersucht. Je nach Gebiet hatten die Forscher in 1,6 bis 11,1 Prozent der untersuchten Häuser zu viel Blei im Trinkwasser gefunden. Der Richtwert der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt bei zehn Mikrogramm je Liter. (ee)  
<http://www.netdokter.de>

Kommentar Scherrmann: Siehe dazu auch den Vortrag von Wolfgang Krug:

**Wolfgang Krug KINDERHIRN IN NOT - Gefährden Chemikalien, Radioaktivität und Mobilfunk die Intelligenz unserer Kinder?** Frankfurt/Main 2008: [www.safer-world.org/d/lit/kinderhirn.pdf](http://www.safer-world.org/d/lit/kinderhirn.pdf)

Dass in Deutschland weder in Zusammenhang mit der PISA-studie noch im Zusammenhang mit ADS (Aufmerksamkeitsdefizit-Syndrom), Lernstörungen, Konzentrations-, IQ-minderung, Aggressionszunahme ueber die Rolle von Neurotoxinen (wie z.B. PCB, Blei) diskutiert wird, ist ein wissenschaftliches und gesellschaftliches Defizit, das angesichts der internationalen Literatur fuer mich voellig unverstaendlich ist.

=====

HORMONSTUDIE:

### **Zu riskant: Hormonstudie frühzeitig abgebrochen**

New York (dpa) - Aus Sorge um das Gesundheitsrisiko für die Teilnehmerinnen ist eine

Hormonstudie mit 16.000 älteren Frauen in den USA frühzeitig abgebrochen worden. Mit der Studie sollte der Nutzen der Östrogene und Progestine für Frauen in und nach den Wechseljahren ermittelt werden. Als feststand, dass die Risiken der täglichen Hormongaben größer sind als mögliche Vorteile, erklärten die amerikanischen Gesundheitsforschungsinstitute (NIH) die Studie am Dienstag drei Jahre früher als geplant für beendet. Im einzelnen traten etwas mehr Fälle von Brustkrebs, Herzinfarkt, Schlaganfall und Blutpfropfen in der Lunge bei den mit den Hormonen behandelten Frauen auf als in der Kontrollgruppe, die nur ein wirkungsloses Placebo einnahmen. Allerdings wurden bei den Frauen mit Hormonbehandlung weniger Knochenbrüche durch Osteoporose registriert und weniger Dickdarm- und Rektalkrebserkrankungen. Auch die typischen Wechseljahrsbeschwerden wie Hitzewallungen hatten mit Hormonen deutlich abgenommen. Die Frauen waren zu Anfang der Studie alle gesund. Nach Auskunft des Münchner Professors Wolfgang Würfel, Sprecher der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologische Endokrinologie und Fortpflanzungsmedizin, ist nicht sicher, ob sich die Studienergebnisse auf Deutschland übertragen lassen, weil in den USA oft andere Hormone verwendet würden als in Deutschland. (ee)

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=7&d=10&id=82317>

=====

## GENTECHNIK

### **Gentechnik-Versuchsfeld von Bayer außer Kontrolle** / Greenpeace und

Imker decken gentechnisch verunreinigten Raps-Honig auf

Leverkusen (ots) - Nachdem Greenpeace am Dienstag genmanipulierten Raps-Honig aus Kanada entdeckt hatte, zeigt sich jetzt, dass auch

deutscher Honig betroffen sein kann. Die Pollen eines Gentechnik-Versuchsfeldes von Bayer/Aventis südlich von Magdeburg

haben dort erzeugten Bienenhonig gentechnisch verunreinigt. Dies belegen Laboranalysen von Greenpeace. Aus Protest gegen den "Gen-Honig von Bayer" errichten Greenpeace-Aktivisten heute vor der Zentrale des Bayer-Konzerns in Leverkusen eine 2,5 Meter große Honigglass-Attrappe und laden Gen-Raps ab. "Bayer schiebt Verbrauchern Gentechnik unter" steht auf einem Transparent. Greenpeace fordert von Bayer, keine Gen-Pflanzen mehr in freier Natur anzupflanzen, damit sich die Gentechnik nicht unkontrolliert ausbreitet.

"Bienen beachten keine Flugverbotszonen", sagt Henning Strodthoff, Gentechnikexperte von Greenpeace. "Auf ihrer Suche nach dem süßen

Nektar unterscheiden sie im gelben Teppich der Raps-Blüte nicht zwischen normalen Raps und Gen-Raps. So gelangen normaler und

genveränderter Pollen in den Honig und dann bei uns auf's Butterbrot. Bayer als verantwortliche Firma schiebt den Verbrauchern so die

Gentechnik unter". Auch die Imker haben keine Möglichkeit, die Bienen von den Gen-Pflanzen fern zu halten.

Ulrich Hofmann, Vorsitzender des Deutschen Berufs- und Erwerbsimkerbundes: "Honig aus Deutschland ist ein Qualitätsprodukt

und so muss es auch bleiben. Verbraucher wollen keine Gentechnik im Essen. Wird unser Honig gentechnisch verunreinigt, brechen für die

Imker wichtige Absatzmärkte weg. Die verantwortlichen Konzerne ziehen sich aus der Verantwortung, den Schaden tragen die Imker."

Der Gen-Honig stammt aus einem Feldversuch, bei dem Greenpeace und Imker im vergangenen Mai zur Blütezeit des Raps ein Bienenvolk in

einem normalen Rapsfeld aufgestellt hatten. Dieses Rapsfeld liegt ca. 300 Meter entfernt von einem Gen-Rapsfeld der Firma Bayer/Aventis

CropScience bei Biere/Eickendorf südlich von Magdeburg (Sachsen-Anhalt). In dem Honig, den die Bienen produziert haben,

konnte Greenpeace jetzt eindeutig gentechnisch veränderte Bestandteile aus dem Bayer-Versuchsfeld nachweisen.

Deutscher Honig im Supermarkt ist noch weitgehend gentechnikfrei. Denn in Deutschland ist die Freisetzung von Gen-Raps nur auf

Versuchsfeldern, nicht aber großflächig für kommerzielle Zwecke erlaubt. Dagegen ist kanadischer Honig bereits stark gentechnisch

verunreinigt, da in Kanada Gen-Raps großflächig angebaut wird.

Greenpeace konnte zusätzlich nachweisen, dass sich der Gen-Raps des Bayer-Feldes auf die umliegenden normalen Rapsfelder ausgekreuzt

hat. "Der Gen-Honig und die Ausbreitung des Gen-Raps auf fremde Felder zeigt, wie die Gentechnik außer Kontrolle gerät. Genveränderte Pflanzen gehören erst gar nicht auf den Acker. Nur so könnte Verbraucher und Umwelt geschützt werden", sagt Strodthoff.

ots Originaltext: Greenpeace Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmid=6343

. Internet: [www.greenpeace.de/gentechnik](http://www.greenpeace.de/gentechnik)

=====

MAL WAS POSITIVES

4.7.2002: 2003: **Aus für 320 Pestizide**

**150 weitere Wirkstoffe könnten im kommenden Juli zusätzlich vom Markt genommen werden**

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=020704026>

**EU nimmt Pestizide vom Markt**

Bruessel. Die EU-Kommission zieht 320 Pestizide aus dem Verkehr. Nach Angaben einer Kommissionssprecherin dürfen die betreffenden Wirkstoffe vom Juli 2003 an nicht mehr in Pflanzenschutzmitteln enthalten sein. Der Hintergrund: Die Hersteller geben aus wirtschaftlichen Gründen keine Unbedenklichkeits-Erklärung ab. Damit ist nicht sichergestellt, dass die Stoffe ohne Gefahr für Umwelt und Gesundheit eingesetzt werden können. Solche Zertifikate stehen für weitere 150 Stoffe noch aus. Die EU-Kommission will mittelfristig schädliche durch unbedenkliche Stoffe ersetzen; parallel dazu sollen Anbaumethoden gefördert werden, die mit wenig Chemie auskommen.

[http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p\\_action.gettxt=gt&doc=IP/02/1004|0|RAPID&g=EN&display=](http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=IP/02/1004|0|RAPID&g=EN&display=)

Kommentar Scherrmann: Hoffen wir, dass dies auch hinreichend kontrolliert wird.

=====

Vom STRAHLENTELEX:

Staatsanwaltschaft bestätigt **Kernbrennstoffunde in Hanauer Wohngebiet**

Die Hanauer Staatsanwaltschaft konstatiert einen Störfall mit radioaktiven Freisetzungen, die aber den Zaun der Nuklearanlage nur in einem Ausmaß überflogen hätten, der für die Wohnbevölkerung im Vergleich zur natürlichen und sonstigen zivilisatorischen Strahlenbelastung keine Gesundheitsgefährdung befürchten lässt. Deshalb stellte sie im am 20. Juni 2002 ihr Ermittlungsverfahren wegen radioaktiver Kügelchen, die im Hanauer Stadtteil Wolfgang gefunden worden waren, ein. Zuvor hatte am 8. Juni 2002 der Leiter der hessischen Atomaufsicht, Dr. Helge Schier, auf einer Veranstaltung der Ärzteorganisation IPPNW eingestanden, daß es sich bei den kernbrennstoffhaltigen Kügelchen doch nicht, wie von seinem Umweltminister Wilhelm Dietzel (CDU) behauptet, um "harmlosen Wurm Kot" handelt. Auf direktes Befragen gab der Beamte vor den anwesenden Hanauer Bürgern auch erstmals zu, daß es im Januar 1987 ein Ereignis mit Freisetzung von Radioaktivität in der Hanauer Anlage gegeben habe. Die RWE-Tochter Hobeg produzierte in Hanau bis 1988 die Brennelemente-Füllung für den sogenannten Kugelhaufen-Reaktor THR. Das Karlsruher Institut für Transurane mißt 10.000 mal schlechter als andere Institute und das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie erzählt etwas über den Inhalt von Regenwurmdärmen - Eine Stellungnahme zu den Untersuchungsberichten des Instituts für Transurane (Karlsruhe) vom 3. Juni 2002 für das Landeskriminalamt (LKA) Schleswig-Holstein und des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie zu Hanau vom 7. Mai 2001. Von Dr. Helga Dieckmann und Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake.

Ausführlich in der neuen Ausgabe des Strahlentelex vom 4. Juli 2002.

<http://www.strahlentelex.de>, Strahlentelex, Thomas Dersee, Waldstr.49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, Tel.: +49 30 / 435 28 40, Fax: +49 30 / 64 32 91 67, E-Mail: [Strahlentelex@t-online.de](mailto:Strahlentelex@t-online.de)

=====

UMWELTBEWUSSTEIN

BRIGITTE KommunikationsAnalyse 2002: **Schwindendes Interesse an Natur und Umwelt**

Hamburg (ots) - Seit 1992 beobachten die Markenstrategen der BRIGITTE-Anzeigenabteilung ein kontinuierlich nachlassendes Interesse an Natur und Umwelt. Gaben 1992 noch 69 Prozent aller Frauen an, gezielt umweltfreundliche Produkte zu kaufen, sind es 2002 nur noch 50 Prozent. Auch ein Wachstum der Preissensibilität, wie es in den 90er Jahren stattgefunden hat, schlägt sich auf das ökologische Interesse nieder: 1992 gaben 65 Prozent der Frauen an, mehr Geld für umweltfreundliche Produkte auszugeben. Im Jahr 2002 sind dazu nur noch 47 Prozent bereit.

Auch der Verpackungsmüll interessiert immer weniger: 2000 stürten sich noch 63 Prozent an den aufwendigen Schachteln der Kosmetikartikel, 2002 nur noch 58 Prozent. 35 Prozent geben 2002 sogar an, dass es ihnen egal sei, wie, wo und unter welchen Bedingungen ein Unternehmen seine Produkte herstellt.

Die Studie:

Für die BRIGITTE KommunikationsAnalyse 2002 wurden 5.010 repräsentativ ausgewählte Personen in der Zeit vom 5. November bis 7. Dezember 2001 und 2. Januar bis 18. Januar 2002 anhand eines Doppelinterviews mit einem mündlichen und einem schriftlichen Teil (Ausfüllheft) befragt. Grundgesamtheit der BRIGITTE KommunikationsAnalyse 2002 sind alle deutschsprachigen Frauen im Alter von 14 bis 64 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland, insgesamt also 25,50 Millionen Personen. Die Hauptuntersuchung wurde von MMA Media Markt Analysen, Frankfurt am Main, und Ipsos, Hamburg, durchgeführt. Die Studienleitung lag bei MMA. Die Datenaufbereitung führte ISBA, Hamburg, durch. Die demographische Struktur und die Reichweiten wurden an die Werte der MA 2002 Pressemedien I angepasst.

Bestellmöglichkeit Berichtsband: Der Berichtsband der BRIGITTE KommunikationsAnalyse 2002 kann ab dem 15. Juli in der Anzeigenabteilung, bei Karin Janssen bestellt werden: Telefon 040/3703-2321, Fax 040/3703-5602, E-Mail [janssen.karin@brigitte.de](mailto:janssen.karin@brigitte.de). ots Originaltext: Verlagsgruppe Brigitte Digitale Pressemappe: [http://presseportal.de/URL steht nicht mehr zur Verfuegung./story.htx?firmaid=6788](http://presseportal.de/URL%20steht%20nicht%20mehr%20zur%20Verfuegung./story.htx?firmaid=6788)

Kommentar Scherrmann: Es zeigt sich auch hier, dass den Buergerinnen und Buergern ein Zusammenhang zwischen Oekologie und Gesundheit

a) zu wenig bewusst ist und

b) zu wenig bewusst gemacht wird.

Beispiel Waschmittel: Den wenigsten ist bewusst, dass ein oekologisch einwandfreies Produkt auch besser fuer die eigene Gesundheit ist.

Hoffen wir, dass sich umweltbewusstes Handeln nicht erst dann einstellt, wenn auch der letzte in der Republik weiss und spürt,

- dass sein Rheuma, sein Herzrasen, seine „Grippen“, seine Bronchitis, seine Impotenz, sein Kopfweg,

- dass die Schlafstörungen und die Panikattacken seiner Frau,

- dass die Neurodermitis, das Asthma, die Konzentrationsschwächen und Tobsuchtsanfälle seiner Kinder,

- dass der Brustkrebs seiner Schwester,

- dass die MS seines Bruders,

- dass das Parkinson Syndrom seines Vaters,

- dass die Diabetes seiner Mutter,

- dass die Alzheimerkrankheit seiner Tante

- dass der Lungenkrebs seines Onkels und

- dass die Chemikalienunverträglichkeit seiner Cousine

in Zusammenhang mit Schadstoffen jeglicher Art stehen.

Es ist eine Lüge, zu behaupten, die Forschung hätte noch keine Belege. Das Gegenteil ist der Fall.

Es stellt sich vor allem das Problem der Informationspolitik.

Die zentrale Frage ist fuer mich also: Wie kann trotz der Überfülle der Informationen die Einseitigkeit der durch egoistische Interessen gesteuerten Informationsbahnen aufgebrochen werden?

=====

SCHMERZ

**Ärzte liegen komplett daneben, wenn sie die Schmerzintensität bei ihren Patienten einschätzen sollen, ergab eine neue Studie.**

Stiche im Rücken: "Ärzte unterschätzen Schmerzen"

"Schmerzpatienten kommen im deutschen Gesundheitssystem unter die Räder", kritisiert Gerhard Müller-Schwefe, Präsident des Schmerztherapeutischen Kolloquiums, auf einer Pressekonferenz in Berlin. Schlechte Aussichten für die Rücken, Gelenke, Knochen von elf Millionen Menschen in Deutschland. Tag um Tag pocht, brennt, zieht und reißt es im Körper der chronischen Schmerzpatienten. Anders als akute Schmerzen verschwinden sie nicht wieder.

Während Blutdruck, Puls und Körpertemperatur messen in Kliniken und Arztpraxen zum Standard gehöre, werde "nach Schmerzen nicht einmal gefragt, geschweige denn eine Therapie angefangen", weiß der Schmerzspezialist. Wie auch, wenn Ärzte und Schwestern wenig Erfahrung mit Schmerzpatienten haben, wenn sie in Studium und Ausbildung kaum damit konfrontiert werden, wenn Schmerz nicht objektiv messbar ist und es auf das subjektive Empfinden der Patienten ankommt, wenn Schmerz aus Sicht der Ärzte nur als Warnsignal des Körpers gilt, das sich irgendwann von selbst davon macht.

Wenn Ärzte irren

Wie deutlich viele Ärzte bei der Einschätzung von Schmerzen daneben liegen, zeigt eine aktuelle Studie aus Finnland. Das Messinstrument: Eine Schmerzskala von 1-5, von "kein" bis "stärkster vorstellbarer Schmerz". 82 Prozent der Ärzte, so das Ergebnis, schätzten die Schmerzen insgesamt niedriger ein als die Patienten selbst. Ausgerechnet bei den stärksten Schmerzpatienten irrten sich mehr als 44 Prozent der Ärzte um zwei Grade, um eine Einheit vertippten sich knapp 38 Prozent. "Ärzte unterschätzen Schmerzen", sagt Müller-Schwefe, "und produzieren so Kranke der Zukunft."

Spuren im Gedächtnis

Das sind Patienten, die nicht oder nicht richtig behandelt wurden, bei denen sich der Schmerz tief ins Gedächtnis gegraben hat. Zum Beispiel die Schnittwunde am Finger, die beißt und brennt, obwohl sie längst verheilt ist, der amputierte Arm, der immer noch spürbar ist.

"Chronische Schmerzen sind Lernvorgänge", weiß Walter Ziegglängsberger vom Max-Planck-Institut für Psychiatrie in München.

Ein zartes Gespinnst aus Nervenfasern schickt elektrische Impulse ans Rückenmark, die - umgeschaltet auf Nervenzellen - schließlich im Gehirn landen. Dort sorgt das limbische System dafür, dass die Betroffenen Schmerzen bewusst wahrnehmen. Später "erinnern" sich die Nervenzellen im Rückenmark an akute schmerzhafte Reize und reagieren umso heftiger, wenn ein weiterer Reiz folgt. Immer empfindlicher wird der schmerzhafte Bereich, so dass jetzt schon geringste Reize zu starken Schmerzen führen. Die Nervenzellen verändern sich, werden leicht erregbar und spontan aktiv. Schließlich reagieren sie nicht mehr nur auf tatsächliche Schmerzsignale, sondern die Berührung der Haut oder die eigenen Körpertemperatur reicht aus, um heftige Schmerzen auszulösen. Hat sich der Schmerz im Rückenmark zentralisiert und festgesetzt, brauchen die Nervenzellen nicht einmal mehr einen Reiz von außen: Sie signalisieren "Schmerz" obwohl beispielsweise die Schnittwunde in der Haut längst verheilt ist.

Haschisch im Körper

Dennoch wird nicht jeder akute Schmerz chronisch, weil der Körper ein berauschendes Gegenprogramm startet und unter anderem Endorphine sowie Endocannabinoide ausschüttet. Ziegglängsberger sagt: "Jeder trägt so viel Haschisch im Körper, dass es für eine Verhaftung reichen würde." Diese Stoffe löschen das Schmerzgedächtnis aus, beeinträchtigen aber nicht den Erwerb und das Speichern von Wissen.

Wer die Entstehung chronischer Schmerzen verhindern will, müsse die Intensität kennen, so Müller-Schwefe auf dem Pressegespräch des Unternehmens Mundipharma. Nur so ließe sich feststellen, ob die jeweilige Therapie auch wirkt. "Schätzen alleine reicht nicht", betont er. Schmerzskalen sollten deshalb routinemäßig in Arztpraxen eingesetzt werden, so die Forderung.

Dass die "Rechenschieber" in Deutschland Neuland sind, zeigte eine aktuelle Umfrage des EMNID-Instituts: 43 Prozent der Ärzte setzen keine Schmerzskala zur Messung ein, sechs Prozent der chronischen Schmerzpatienten haben noch nie eine solche Skala benutzt und 17 Prozent der Patienten wissen nicht, wie sie ihrem Arzt die Schmerzen verdeutlichen sollen. Vor allem für ältere Leute sieht Müller-Schwefe schwarz: "Die hatten ihr Leben lang Zeit, Schmerz zu lernen."

<http://www.netdokter.de/feature/schmerz.htm>

Kommentar Scherrmann: Wer die Entstehung chronischer Schmerzen verhindern oder chronische Schmerzen vermindern will, sollte meiner Erfahrung nach auch die Zusammenhänge zwischen Schmerzen und Umweltbelastungen erlernen und Schadstoffe so weit als irgend möglich meiden. Es ist mir völlig unverständlich, dass dieser Aspekt

noch kaum diskutiert wird. Ich selber habe aufgrund meiner Vermeidungsstrategien heute noch ca. 1-5 % der Schmerzen, die ich vor ca. 6 Jahren hatte, also insgesamt quasi ein neugeschenktes Leben.

=====

AMALGAM:

**Amalgamverbot gefordert!**

Würzburg: Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) beabsichtigt eine neue Informationsschrift zur Verwendung des dentalen Werkstoffs Amalgam zu veröffentlichen. Der Textentwurf liegt vor. Er gibt die seit Jahrzehnten vorgetragene Meinung wieder.

Anlässlich der Umweltmedizinischen Tagung in Würzburg vom 7.-9. Juni 2002 in Würzburg stellen der Deutsche Berufsverband der Umweltmediziner (dbu), die Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin (IGUMED), der Ökologische Ärztenbund (ÖÄB) und die Deutsche Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie (DGHUT) hierzu fest:

\* Sowohl Grundlagenforschung als auch klinische Resultate belegen unzweifelhaft das besondere und häufige gesundheitliche Risiko durch die Inhaltsstoffe des Amalgams bei seiner Verwendung als dentaler Werkstoff. In der geplanten Informationsschrift des BfArM wird dieser

Kenntnisstand auf fahrlässige Weise ignoriert. Die Häufigkeit gesundheitlicher Störungen wird durch den angeführten Vorteil der Preiswürdigkeit und der leichten Verarbeitung in keiner Weise aufgewogen.

Wir fordern ein sofortiges Verbot des Gebrauchs von Amalgam beim Menschen. Die wissenschaftliche Begründung dieser Resolution wurde dem BfArM bereits zugestellt.

Dr. med. Kurt E. Müller Dr. med. A. Dohmen E. Petersen  
ots Originaltext: Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner (dbu) Im Internet  
recherchierbar: <http://www.presseportal.de>

=====

Von ESMOG-AUGSBURG:

RUNDSCHREIBEN vom 20.06.02

Hallo,

nach ca. fünf Wochen Pause mal wieder ein kurzer Überblick über die aktuellen Geschehnisse rund um den Mobilfunk.

Details wie immer im Internet unter <http://www.esmog-augsburg.de>.

Klicken Sie dort z.B. einfach auf den Menüpunkt "Was ist neu?"

1. Fernsehsendung zum Thema:

21.06.02, 11:30-12:00, West 3:

Gott und die Welt aktuell - Aus Kirche und Gesellschaft, u.a.: Wenn der Kirchturm strahlt - Streit um Mobilfunkantennen

2. Deutschland, Juni 2002: **Interessantes vom Bundesumweltminister**, Trittins interessante Äußerungen zu Handys und Gesundheit lassen den Schluss zu, dass er doch mehr weiß ...

3. USA, Juni 2002: **Telekom-Anbieter steigt aus**

Worldcom will sich vom Mobilfunk trennen - aus Sorge wegen der laufenden Gerichtsverfahren gegen Mobilfunkfirmen aufgrund von Erkrankungen ?

4. Badalona/Spanien, Juni 2002:

**Erneute Häufung von Krebsfällen bei Mobilfunksender**, Außerdem: Hautveränderungen, Gleichgewichtsstörungen, Hörstörungen, Herzrhythmusstörungen, Appetitsverlust, Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Schwindel, ...

5. Fremington/Großbritannien, Juni 2002

**17-jährige Handynutzerin stirbt an Gehirntumor** Der Tumor ist sich genau dort hinterm



Ohr, wo sich häufig die Antenne ihres Mobiltelefons befunden hatte. (Ein ähnlicher Tumorfall war uns auch schon aus Augsburg bekannt - eine Operation war schon im Juli 2001. Siehe "Erfahrungen mit Handys" auf unserer Homepage)

6. Malaga/Spanien, Juni 2002: Mobilfunksender muss abgebaut werden  
"Wir haben die Absicht, die Mobilfunk-Verordnung einzuhalten und alle Mobilfunkantennen in die Außenbezirke zu verlagern, fernab von Häusern und Menschen, da sie eine Gefahr bedeuten", bestätigte der örtliche Beauftragte für Städtebau.

7. Dresden, Juni 2002: **Umweltamt fordert Verbot von Handys an Schulen**  
Es sei nicht auszuschließen, dass gerade Handys über die Grenzwerte hinaus gesundheitsschädigende Einflüsse gerade auf Heranwachsende haben. Stattdessen sollen die Schüler lieber Münzfernsprecher nutzen

...  
Herzlichen Gruß **esmog augsburg**. Bürgervereinigung zum Schutz der Menschen vor den Gesundheitsrisiken des Mobilfunks, E-Mail [info@esmog-augsburg.de](mailto:info@esmog-augsburg.de) Homepage <http://www.esmog-augsburg.de>

=====

## RECHT

Im Verlauf des 21.06.2001 werden eingestellt (die Urteile sind schon jetzt unter Recherche mit dem Suchwort "Anhaltspunkte" zu finden):

LSG NRW, Urteil vom 12.06.2002 - L 7 SB 65/02

LSG NRW, Urteil vom 12.06.2002 - L 7 SB 39/02

LSG NRW, Urteil vom 06.06.2002 - L 7 SB 193/00

Alle drei Urteile beschäftigen sich im Wesentlichen mit: Die "Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertengesetz" haben rechtsnormähnliche Wirkung und sind in Verfahren zur Bewertung von Gesundheitsstörungen im Sozialen Entschädigungsrecht weiter wie untergesetzliche Normen anzuwenden. Es besteht kein rechtlicher Ansatzpunkt dafür, von dieser Rechtsprechung des Bundessozialgerichts abzuweichen. Dies gilt sowohl in sog. Herabsetzungsverfahren (L 7 SB 65/02 und L 7 SB 39/02 = Berufungsurteil zu Urteil des SG Düsseldorf vom 13.02.2002) als auch in sog. Erhöhungsverfahren (L 7 SB 193/00 mit weitergehenden Ausführungen).

BFH, Urteil vom 16.04.2002 - VIII R 62/99

Nach - allerdings nicht weiter begründeter - Auffassung des BFH sind die "Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertengesetz" bloße Empfehlungen, die selbst für die Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertengesetz keine Bindungswirkung haben.

3. Wohl noch in dieser Woche wird ein Beschluss des 10. Senates des LSG NRW eingestellt werden, in dem die Übernahme von Gutachterkosten nach § 109 SGG auf die Landeskasse auch dann gerechtfertigt ist, wenn das Gutachten zwar zu keinem günstigeren Ergebnis für den Kläger geführt hat, das Sozialgericht sich aber gedrängt hätte fühlen müssen, den medizinischen Sachverhalt selber - von Amts wegen - aufzuklären.

---

Volltexte und Fundstellen zu umweltrelevantem Bundesrecht finden Sie in UMWELTonline im Bereich URA (Umweltrecht Aktuell) i.d.R. vor Erscheinen der Printversion des Bundesgesetzblattes. [http://www.umweltdigital.de/ura\\_suche.php?type=vs](http://www.umweltdigital.de/ura_suche.php?type=vs)

Fundstellen zu umweltrelevanter Rechtsprechung und Literatur aus den wichtigsten Fachzeitschriften finden Sie in UMWELTonline i.d.R. spätestens am 3. Werktag nach Erscheinen. [http://www.umweltdigital.de/suche\\_rsp.php](http://www.umweltdigital.de/suche_rsp.php)

URA enthält alle neuen Vorschriften sowie alle im gewählten Zeitraum geänderten Vorschriften auf dem neusten Stand.

=====

**Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz**  
**10.07.2002: Nichtraucher-Wettbewerb "Be smart - don't start"**

Sinner: Bayerns Schüler sind vorne dran

Mit 1.100 teilnehmenden Klassen stellten die bayerischen Schulen den deutschen Spitzenreiter im europäischen Nichtraucher-Wettbewerb "Be smart - don't start". Über diesen Erfolg freute sich Gesundheitsminister Eberhard Sinner bei der Auszeichnung der bayerischen Preisträger heute in München: "Die enorme Beteiligung zeigt, dass Kinder und Jugendliche ansprechbar sind für das Nichtrauchen und durchhalten, wenn der Freundeskreis und die Schulkameraden mitmachen. So eine verhaltensprägende Präventionsarbeit ist weiterhin dringend notwendig", betonte der Minister und wies auf den noch ungebrochenen Trend, dass Kinder und Jugendliche immer früher und häufiger rauchen.

Mit der Teilnahme am Wettbewerb verpflichteten sich die Schüler, mindestens ein halbes Jahr nicht zu rauchen. Intensiv beschäftigen sich die Kids in kreativen Arbeiten mit dem Thema Nichtrauchen. Der Wettbewerb läuft in 16 europäischen Ländern und erstmals auch in Südafrika. Als Hauptgewinn winkt eine Klassenfahrt nach Kopenhagen. Bayern hat zusätzlich einen Kreativpreis vergeben. Ausgezeichnet wurden die achten Klassen der Realschule Vohenstrauß für ihr Projekt "Lernen durch Lehren", mit dem sie jüngeren Mitschülern die Vorteile des Nichtrauchens vermittelten.

"Je früher mit dem Rauchen begonnen wird, desto stärker ist die Gefahr einer Abhängigkeit sowie die Konsumbereitschaft für andere Drogen", erläuterte Sinner die Notwendigkeit für Präventionsarbeit in ganz jungen Jahren. So beginne die Hälfte der späteren Gewohnheitsraucher mit 12 oder 13 Jahren die Suchtkarriere. Nach einer aktuellen bayerischen Gesundheitsstudie hat sich der Anteil der Raucher bei den 12- bis 14jährigen Jugendlichen seit 1995 verdreifacht. Immer mehr Mädchen rauchen.

Eine Zigarette enthält 3.500 Schadstoffe, darunter allein 40 krebserregende Substanzen. 110.000 Menschen sterben jährlich in Deutschland an den Folgen des Rauchens.

Kommentar Scherrmann: Ich finde diese Initiative sehr gut und nachahmendswert . Wieviel Zeit noch vergehen wird bis ein Wettbewerb mit dem Slogan "Be smart- don't use perfume" ausgeschrieben wird?

Synthetische Duftstoffe enthalten ca. 4000 Schadstoffe, darunter wahrscheinlich mehr als 40 krebserregende Substanzen. Es geht aber nicht nur um die krebserregenden, sondern auch um die nervenschädigenden, geschädigenden, hormonswirksamen Substanzen.

----

**Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz**  
**24. 06. 2002: Passivrauchen am Arbeitsplatz**

Sinner: Den gesetzlich verbesserten Nichtraucherschutz sicherstellen  
Bayerns Gesundheitsminister Eberhard Sinner hat an alle Arbeitgeber appelliert, den gesetzlich verbesserten Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz sicherzustellen. Am Freitag hatte der Bundesrat einer entsprechenden Änderung der Arbeitsstättenverordnung zugestimmt. Sinner: "Lehnt ein Nichtraucher Zigarettenrauch in seiner nächsten Umgebung ab, hat das nichts mit mangelnder Toleranz zu tun. Auch Passivrauchen gefährdet die Gesundheit. Im Nebenstromrauch, den auch die Passivraucher einatmen, sind manche krebserzeugende Stoffe in höherem Maß konzentriert als im Hauptstromrauch. Es ist die Pflicht aller Arbeitgeber, die Arbeitnehmer vor vermeidbaren Gesundheitsgefahren zu schützen."

Kernstück der Änderung ist die Pflicht des Arbeitgebers, wirksame Schutzmaßnahmen zu treffen, um die nichtrauchenden Beschäftigten in

Arbeitsstätten vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch zu schützen. Die Regelung lässt dem Arbeitgeber den notwendigen Spielraum bei der Auswahl der zu veranlassenden Schutzmaßnahmen. Möglich sind beispielsweise Betriebsvereinbarungen zum Nichtraucherchutz, Trennung von Rauchern und Nichtrauchern oder Lüftungstechnische Maßnahmen. Zur Umsetzung des gesetzlich verbesserten Nichtraucherchutzes setzt Sinner insbesondere auch auf die gegenseitige Rücksichtnahme von Rauchern und Nichtrauchern. Die neue Vorschrift gilt für alle zur Arbeitsstätte gehörenden Räume und Bereiche und darüber hinaus auch im Reise- und Marktverkehr, in Straßen-, Schienen- und Luftfahrzeugen im öffentlichen Verkehr und auf See und Binnenschiffen. Mit Rücksichtnahme und Vernunft, so Sinner, lasse sich in den Betrieben beim Nichtraucherchutz viel erreichen. Die bayerische Gewerbeaufsicht werde im Rahmen ihrer Überwachungstätigkeit die Umsetzung der neuen Vorschriften zum Nichtraucherchutz mit Aufklärung und Beratung unterstützen. Die Änderung der Arbeitsstättenverordnung sollten die Arbeitgeber auch dazu nutzen, den Anteil der Raucher in ihren Betrieben zu verringern, indem sie Rauchentwöhnungswillige mit geeigneten Maßnahmen unterstützen, so der Minister. Hilfestellung werde das von der Deutschen Krebsgesellschaft geplante und voraussichtlich im Sommer fertiggestellte Internet-Projekt "Nichtrauchen am Arbeitsplatz" ([www.krebsgesellschaft.de](http://www.krebsgesellschaft.de)) bieten.

Kommentar Scherrmann: Wieviel Zeit wird es noch brauchen bis wir am Arbeitsplatz und generell in öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln etc., so wie in vielen nordamerikanischen Staaten, Städten, Hotels, Krankenhäusern, Schulen, Hochschulen, etc., eine gesetzlich geregelte "Dufstofffreiheit" haben werden?

=====

**Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin** 16/2002,  
24. Juni 2002

**Estragol- und Methyleugenolgehalte in Lebensmitteln verringern  
Auch natürliche Inhaltsstoffe von Lebensmitteln können ein  
gesundheitliches Risiko bergen**

Nach Meinung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV) sollte der Gehalt der pflanzlichen Inhaltsstoffe Estragol und Methyleugenol in Lebensmitteln aus Gründen der Vorsorge so weit wie möglich verringert werden. Diese beiden natürlichen Inhaltsstoffe verschiedener Pflanzen zeigten in mehreren Versuchsreihen krebsauslösende und erbgutverändernde Wirkungen. Diese Einschätzung hat der Wissenschaftliche Ausschuss für Lebensmittel (SCF) der Europäischen Union in zwei wissenschaftlichen Stellungnahmen zu Estragol bzw. Methyleugenol bestätigt. Für die krebsauslösende und erbgutschädigende Wirkung beider Stoffe kann kein sogenannter Schwellenwert angenommen werden. Der SCF hat deshalb auch keine gesundheitlich unbedenkliche tägliche Aufnahmemenge für Estragol und Methyleugenol festgelegt. Beide Stoffe kommen in bestimmten Gewürzen und in Kräutertees vor, darunter sind Estragon, Basilikum, Anis, Sternanis, Piment, Muskatnuss, Lemongras sowie Bitterfenchel- und Süßfenchelfrüchte.

Wie groß das Risiko für Verbraucher ist, die regelmäßig estragol- oder methyleugenolhaltige Lebensmittel verzehren, kann zahlenmäßig nicht abgeschätzt werden. Es dürfte jedoch wegen der relativ kleinen Aufnahmemengen dieser Stoffe nicht sehr hoch sein. Untersuchungen, die eine konkrete Gesundheitsgefährdung beim Menschen belegen, liegen bisher nicht vor.

Aus Vorsorgegründen empfiehlt das BgVV dem Verbraucher aber, den dauerhaften und regelmäßigen Verzehr der genannten Gewürze und Kräutertees, der über den gelegentlichen Einsatz in der Küchenpraxis hinausgeht, einzuschränken. Das gilt insbesondere für Fencheltees, die Kinder häufig gegen Blähungen erhalten. Über längere Zeiträume sollten solche Teezubereitungen deshalb nur nach Rücksprache mit einem Arzt oder Apotheker gegeben werden.

Der lebensmittelherstellenden Industrie empfiehlt das BgVV, aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes Maßnahmen zu ergreifen, um die Gehalte von Estragol und Methyleugenol in Lebensmitteln so weit wie möglich zu verringern. Dabei sollten bei Lebensmitteln, die regelmäßig in größeren Mengen über längere Zeiträume konsumiert werden könnten oder die zur Ernährung von Kindern vorgesehen sind, besonders strenge Maßstäbe angelegt werden. Speziell bei Kindertees sollten die Gehalte nach Möglichkeit durch geeignete Maßnahmen unter die Nachweisgrenzen gesenkt werden. Die deutsche Industrie hat mitgeteilt, dass aufgrund der Hinweise aus dem BgVV erste Schritte zur Reduzierung unternommen wurden. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass mit zunehmender wissenschaftlicher Erkenntnis und immer empfindlicheren Nachweisverfahren auch vermehrt Daten über natürliche Inhaltsstoffe traditioneller Lebensmittel gewonnen werden. Sie bieten in einigen Fällen Anhaltspunkte für ein mögliches, vielfach jedoch nicht endgültig geklärtes gesundheitliches Risiko. Das BgVV ist aufgrund des Prinzips der Vorsorge bemüht, die Verbraucher möglichst umfassend über neue Erkenntnisse zu unterrichten. Wenn auch, wie bei Methyleugenol und Estragol, die Verdachtsgründe nicht ausreichen, um ein Verbot traditioneller Lebensmittel zu rechtfertigen, so erhält damit der Verbraucher doch die Möglichkeit, sein Verzehrverhalten entsprechend seinem individuellen Vorsorgebedürfnis zu gestalten. Dies entbindet die lebensmittelherstellende Industrie nicht von der Verpflichtung, alle verfügbaren Möglichkeiten zu nutzen, um die Gehalte an kritischen natürlichen Inhaltsstoffen so weit wie möglich zu senken.

Aus toxikologischen Erwägungen wird dem Verbraucher generell zu Abwechslung und Vielfalt bei der Auswahl seiner Lebensmittel geraten. So kann er einer einseitigen Belastung mit verschiedenen, potentiell gesundheitsgefährdenden Stoffen vorbeugen, mit denen vereinzelt in geringen Mengen in Lebensmitteln gerechnet werden muss.

Stellungnahmen des SCF:

<http://europa.eu.int>

Die abgegebenen pdf-dateien stehen nicht mehr im Internet

=====

SCHWEIZ

24.06.2002 Der Umweltbericht 2002 von BUWAL und BFS

Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL und das Bundesamt für Statistik BFS haben den neusten

**Überblick über den Zustand der Umwelt in der Schweiz** vorgelegt. Fazit: Manches ist erreicht, viel bleibt zu tun.

UMWELT SCHWEIZ 2002, BAND 1 - Politik und Perspektiven

Der BUWAL-Band des Berichts bietet in fünf Teilen einen umfassenden Überblick über den Zustand der

Umwelt in der Schweiz. UMWELT SCHWEIZ 2002 ist ein Gemeinschaftswerk des BUWAL und des Bundesamtes für Statistik (BFS).

Bestellen der gedruckten Ausgabe (Band 1 - Politik

und Perspektiven des BUWAL + Band 2 - Statistiken und Analysen des BFS) zum Preis von CHF 28.-:

Unter <http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/medien/umweltbericht/grund/index.html>

findet man die ersten vier Kapitel aus Teil 1 des Umweltberichts als pdf-datei.

=====

**Robert Koch-Institut**

1. Juli 2002: **Infektionsepidemiologisches Jahrbuch erstmals erschienen**

Einladung zur Pressekonferenz mit Bundesministerin Schmidt

Wieviele Masernfälle wurden im vergangenen Jahr im Landkreis Coburg gemeldet, wieviele waren es in den Nachbarkreisen? In welchem Bundesland gibt es die meisten Hantavirusinfektionen? In welchem Monat des Jahres gab es die meisten Salmonellenerkrankungen? Welche Altersgruppen waren besonders betroffen? Das System der Meldepflicht von Krankheiten in Deutschland ist mit dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) Anfang des Jahres 2001 auf eine neue Basis gestellt worden, das Robert Koch-Institut wurde als infektionsepidemiologisches Zentrum institutionalisiert. Zum ersten Mal ist jetzt das "Infektionsepidemiologische Jahrbuch meldepflichtiger Erkrankungen für 2001" erschienen. Neben einer ausführlichen epidemiologischen Übersicht wird mit dem Jahrbuch auch eine eigens zu diesem Zweck entwickelte Software angeboten, die individuelle statistische Abfragen ermöglicht. Seiten zum Infektionsschutzgesetz (IfSG): [www.rki.de/INFEKT/IFSG/IFSG.HTM](http://www.rki.de/INFEKT/IFSG/IFSG.HTM) u. a. mit Häufig gestellten Fragen, einem Themenheft des Bundesgesundheitsblatts und der Pressemitteilung zum IfSG-Start Epidemiologisches Bulletin: [www.rki.de/INFEKT/EPIBULL/EPI.HTM](http://www.rki.de/INFEKT/EPIBULL/EPI.HTM) Wöchentliche Statistik und Jahresstatistik der gemeldeten Erkrankungen, Monatsstatistik für Meldedaten nach § 7 Abs. 3

10. Juli 2002 **GBE-Heft "Nosokomiale Infektionen"** erschienen  
In Deutschland treten jedes Jahr circa 600.000 nosokomiale Infektionen auf, das sind Infektionen, die in Einrichtungen des Gesundheitswesens (insbesondere in Krankenhäusern) erworben werden. Das neue Heft der Gesundheitsberichterstattung des Bundes am Robert Koch-Institut zum Thema nosokomiale Infektionen gibt auf knapp zwanzig Seiten einen Überblick über die Verbreitung und die Entstehung solcher Infektionen, über Risikofaktoren und die wichtigsten Erreger. Außerdem werden medizinische und ökonomische Folgen nosokomialer Infektionen diskutiert und Präventionsmöglichkeiten aufgezeigt.  
Die häufigsten und gleichzeitig bedeutsamsten nosokomialen Infektionen sind Harnwegsinfektionen, Infektionen der Atemwege, postoperative Wundinfektionen und die Sepsis (Blutvergiftung).  
Das Robert Koch-Institut, das die Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE) in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt durchführt, veröffentlicht seit August 2000 regelmäßig GBE-Themenhefte. Die Themen umfassen alle Bereiche des Gesundheitswesens. Das GBE-Heft Nosokomiale Infektionen kann kostenlos angefordert werden beim Robert Koch-Institut, Gesundheitsberichterstattung, Seestraße 10, 13353 Berlin, Fax: 01888/754-3513, Tel. 01888/754-3234, E-Mail [gbe@rki.de](mailto:gbe@rki.de)  
Weitere Informationen:  
Gesundheitsberichterstattung: [www.rki.de/GBE/GBE.HTM](http://www.rki.de/GBE/GBE.HTM)  
Krankenhaushygiene: [www.rki.de/GESUND/HYGIENE/HYGIENE.HTM](http://www.rki.de/GESUND/HYGIENE/HYGIENE.HTM)  
Pressestelle des Robert Koch-Instituts, E-Mail: [presse@rki.de](mailto:presse@rki.de), <http://www.rki.de>

=====  
Ende des newsletter/d/28

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.  
Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)  
Ingrid Scherrmann  
Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: ( + 49 ) 7352 940529  
email: [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) , [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org),  
web: <http://www.safer-world.org>  
SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt